



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



JAHRESBERICHT 2016

DACHVERBAND DER DEUTSCHEN NATUR-, TIER-
UND UMWELTSCHUTZORGANISATIONEN e.V.

GRÜNDUNG

1950

MITGLIEDER

85

REICHWEITE

10 Millionen Menschen

GEMEINSAMES ZIEL

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

UNSER NATURVERSTÄNDNIS

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bieten einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben dem Erhalt der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

NACHHALTIGKEIT

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen, die sich an den Zielen des Biodiversitätserhalts orientieren, zu treffen. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

GESELLSCHAFTLICHER UMBAU

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindex als bewertender Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an unseren Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

ANTHROPOZÄN: ZEITALTER DES MENSCHEN

Im Sommer 2016 hat die Anthropocene Working Group des Internationalen Geologischen Kongresses bestätigt, dass die Menschheit in eine neue Epoche eingetreten ist, das Anthropozän. Durch seinen Ressourcenverbrauch hat der Mensch die Natur in den letzten 150 Jahren immer stärker übernutzt. Dringliches Handeln ist daher notwendig, damit die planetaren Grenzen nicht weiter überschritten werden. Denn zu einer Abschwächung der globalen Negativtrends kam es bisher nur aufgrund ökonomischer Krisen: Die Ölkrise der 1970er-Jahre, der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Osten in den 1990ern oder auch die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 ließen die Kurven des Ressourcenverbrauchs leicht abflachen.

„Entweder wird das Anthropozän ein Zeitalter des Kampfes um Wohlstand gegen die Natur oder es wird eines der Nachhaltigkeit, in dem wir uns mit unserer Umwelt und den begrenzten Ressourcen der Erde arrangieren.“

– Kai Niebert

Für Deutschland bedeutet dies einen grundlegenden Politikwechsel in vielen Bereichen. Hierzu gehört ein möglichst rascher Ausstieg aus der Kohleverstromung, eine Neuausrichtung des Steuer- und Abgabensystems durch Abschaffung umweltschädlicher Subventionen sowie eine Wende in der Verkehrs- und Agrarpolitik. Vor diesem Hintergrund hat der DNR auf seiner Mitgliederversammlung 2016 beschlossen, stärker aus der Umweltpolitik heraustreten und ganz bewusst auch Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik mitgestalten zu wollen. Mit Partner*innen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen, Kulturverbänden und Sportverbänden gilt es, für echte Nachhaltigkeit zu streiten. Nur durch breite Allianzen kann die Gesellschaft mit den wichtigen Botschaften zur Sicherstellung sozial-ökologischer Gerechtigkeit erreicht werden.



Um weiterhin sicher leben zu können, muss der Mensch innerhalb kritischer und fester Grenzen der Umwelt wirtschaften. Neun dieser Grenzen wurden identifiziert, mehrere sind bereits überschritten – und bei manchen wird noch analysiert, wie viel zu viel ist.

2016: EIN JAHR GROSSER HERAUSFORDERUNGEN FÜR NATUR-, TIER- UND UMWELTSCHUTZ



ALLIANZEN

Das Jahr 2016 war geprägt durch die Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Diese waren verbunden mit großen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Tausende von Bürger*innen sowie die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von Behörden, Polizei, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen leisteten Beeindruckendes. Dieses Engagement steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein Zeichen für die Kraft und Vitalität der deutschen Zivilgesellschaft. Die ungebrochene Hilfsbereitschaft zeugt außerdem davon, dass Solidarität und Mitmenschlichkeit zu den prägenden Werten unserer Gesellschaft gehören. Jedoch fand dieser Teil unserer Gesellschaft kaum Widerhall in der öffentlichen Debatte, die zunehmend von der rechtspopulistischen Rhetorik einiger Politiker*innen und dem insgesamt rauer werdenden Tonfall gegenüber Geflüchteten geprägt war. Deswegen war es an der Zeit,



dass sich die großen gesellschaftlichen Dachinstitutionen in die Debatte einbringen. Der DNR hat gemeinsam mit Religionsvertretern*innen, Gewerkschaften, Arbeitgebern*innen sowie den Wohlfahrts-, Sport-, und Kulturverbänden die Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt gegründet. Die Allianz appelliert in einem gemeinsamen Aufruf mit dem Titel „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ für Solidarität und Weltoffenheit und gegen Hass und Intoleranz. Damit treten die Bündnispartner*innen, die in ihren gesellschaftlichen Institutionen mehr als 60 Millionen Menschen vereinigen, Rassismus und rechten Tendenzen entschieden entgegen.

Weiterhin kooperierte der DNR in der Initiative kulturelle Integration seit Dezember 2016 mit Religionsvertreter*innen, Medien, Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Kultur-, Kommunal- und Sportverbänden. Es wurde mit der Erarbeitung eines gemeinsamen Thesenpapiers zum internationalen Tag der kulturellen Vielfalt im Mai 2017 begonnen. Die Initiative geht auf eine Anregung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Bundesministeriums des Innern und des Deutschen Kulturrates zurück.



BUNDESTAGSWAHL

In Vorbereitung der Bundestagswahl 2017 wurden in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen und anderen Natur- und Umweltschutzverbänden Kernforderungen mit folgenden Schwerpunkten aufgestellt:

- Eine **ökologische Verkehrswende** mit dem Ziel von Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsträger
- ein sozialverträglicher **Ausstieg aus der Kohleverstromung** bis spätestens 2035
- eine **Neuausrichtung der Agrarpolitik** mit Beendigung der industriellen Massentierhaltung sowie
- eine **Abschaffung umweltschädlicher Subventionen** durch Neuausrichtung des Steuer- und Abgabensystems.

Diese Forderungen wurden in diversen Gesprächen mit allen im Bundestag vertretenen Parteien sowie weiteren Akteur*innen aus Verbänden und Ministerien erörtert.



VERKEHR

Die Debatte um eine natur- und umweltverträgliche Neuausrichtung der Verkehrsinfrastruktur wurde auch 2016 vom DNR kritisch begleitet. Im März legte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt den Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP) vor. Gemeinsam mit den Verbänden BUND, NABU und VCD übte der DNR scharfe Kritik an der klimaschädlichen Planung und forderte einen Stopp der öffentlichen Beteiligung, da eine Prüfung von Alternativen nicht hinreichend erfolgt ist. 170 Natura-2000-Gebiete werden durch den Straßenbau erheblich beeinträchtigt und 250 noch unzerschnittene Großräume und bundesweite Achsen zerstört. Auch die Auswirkungen auf den Flächenverbrauch widersprechen den Zielen der Bundesregierung. Im weiteren Prozess wurden dennoch sämtliche Eingaben und Vorschläge der Umwelt-

seite ignoriert. Die zwölf im begleitenden Umweltbericht des BVWP aufgeführten Umweltziele wurden verfehlt und bei keinem der 1.281 geplanten Fernstraßenprojekte wurden Alternativen geprüft.



AGRARPOLITIK: GAP-REFORM UND DÜNGEVERORDNUNG

Der DNR hat sich intensiv in die Debatte um eine Reform der EU-Agrarpolitik sowie eine Reform des Düngerechts eingebracht. In zahlreichen Veranstaltungen wurde auf den dringenden Handlungsbedarf zum Schutz der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft hingewiesen und Vorschläge für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik nach dem Prinzip „Geld gegen Leistung“ entwickelt. Zusammen mit mehreren Umweltverbänden hat der DNR zudem die Debatte um die Novelle der Düngeverordnung verfolgt und verschiedene Stellungnahmen und Positionen eingebracht. Die hohen Nährstoffbelastungen aus der Landwirtschaft sind die Hauptursache für den schlechten Zustand vieler Gewässer und führen zu gravierenden Verlusten der biologischen Vielfalt sowie zu gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Schäden.



Ackerwildpflanzen



TIERSCHUTZ

Mit den Tier- und Artenschutzverbänden hat der DNR 2016 zahlreiche Positionierungen zur Trophäenjagd, Tierwohlinitiative, Tierschutzgutachten und Finanzierung von Massentierhaltung veröffentlicht und in politische Prozesse eingebracht. Im Februar appellierten die Tierschutzorganisationen in gemeinsamen Briefen an Politiker*innen sowie an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die Einfuhrgenehmigungen für Arten, die der EU-Artenschutzverordnung unterliegen, umgehend zu stoppen und die Einfuhr von Jagdtrophäen auf den Prüfstand zu stellen. Die Jagd auf gefährdete Wildtiere hat teils katastrophale Auswirkungen auf die bedrohten Populationen. Auf einem Parlamentarischen Abend im März wurde die Problematik eines „Wildtierbooms“ in deutschen Wohnzimmern mit Vertreter*innen des Bundestags diskutiert.



UMSETZUNG DER NATIONALEN STRATEGIE ZUR BIOLOGISCHEN VIELFALT

Die Naturschutzorganisationen BUND, DUH, NABU, WWF sowie der DNR haben sich zehn Jahre nach der Verabschiedung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) in einem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zusammengetan, um Bilanz zu ziehen und den Blick nach vorne zu werfen. Die vielfältigen Erfahrungen, Kenntnisse und Kapazitäten wurden gebündelt, um gemeinsam entscheidende Ziele der NBS zu erreichen. Dabei übernahm der DNR die Koordination des Vorhabens und verantwortete auch die übergreifende Pressearbeit zum Projekt.

Das Projekt entwickelte für ausgewählte Themenfelder der Naturschutz-Offensive konkrete, umsetzungsorientierte Konzepte zur Erreichung essenzieller Kernziele der NBS. Thematische Schwerpunkte liegen bei der Umsetzung der Ziele für die Themen Äcker und Wiesen, Küsten und Meere, Flüsse und Auen, Schutzgebiete, Natura 2000, Biotopverbund und Grün in der Stadt. Diese wurden zusammengefasst in der Broschüre „Bilanz: 10 Jahre Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt“.



VERBÄNDE-ALLIANZ GEGEN DEN ODERAUSBAU

Der DNR hat die Koordination einer Verbände-Allianz gegen den geplanten Ausbau der Oder auf der polnischen Seite übernommen. Die Oder und ihre Auen als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten und zu entwickeln, bildet das übergeordnete Ziel dieser Allianz führender polnischer und deutscher Verbände. Dazu wurde der Start des von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projekts „Ökologischer Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Oder mit Schwerpunkt auf die Modellregion Unteres Odertal“ vom DNR vorbereitet. Ziel ist es, ein ökologisches Hochwasserschutzkonzept für die Modellregion Unteres Odertal zu erstellen, um so einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und nachhaltigen Entwicklung der Oderregion zu leisten.



Oderauen –
wertvoller Lebensraum



NATIONALES NATURERBE

Seit über zehn Jahren arbeiten kleine und große Mitgliedsorganisationen unter Federführung des DNR in der Strategiegruppe Naturschutzflächen. Ziel ist es, wertvolle Naturschutzflächen des Nationalen Naturerbes zu sichern und zu entwickeln. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 wurden hierfür gemeinsame Forderungen aufgestellt: Naturschutzfachlich bedeutsame Flächen der vierten Tranche sollten von der Privatisierung ausgenommen werden und dauerhaften Schutzstatus erhalten. Zudem muss eine Beratungs- und Vernetzungsstelle von Bundesumweltministerium und Flächeneigentümern etabliert werden, um eine dauerhaft hohe naturschutzfachliche Qualität auf allen Naturerbeflächen abzusichern. Da sich Naturschützer seit vielen Jahren vor Ort für Flächen engagieren, sollten sie als „Flächenpaten“ ein Mitspracherecht haben, um ihre fachliche Expertise bei der Betreuung und Entwicklung einbringen zu können.



SCHUTZGEBIETE IN NORD- UND OSTSEE

Das Bundesumwelt- und das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMUB, BMEL) haben im Februar Maßnahmenvorschläge für das Fischereimanagement in Natura 2000-Gebieten vorgelegt. Bis März lief das offizielle Beteiligungsverfahren zu den von BMUB und BMEL vorgeschlagenen Fischereimaßnahmen. In einer gemeinsamen Stellungnahme mit den Verbänden BUND, Deepwave, DUH, Greenpeace, NABU, Schutzstation Wattenmeer, Whale & Dolphin Conservation und WWF wurden die fehlenden Maßnahmen für die Schutzgebiete in Ost- und Nordsee scharf kritisiert. Das Verbändebündnis forderte darin zudem striktere Fischereimaßnahmen in Schutzgebieten wie das Verbot von Grundschleppnetzen oder Stellnetzen, in denen Seevögel und Schweinswale als ungewollter Beifang verenden. In mindestens der Hälfte der Schutzgebiete sollten menschliche Eingriffe verboten werden. Vor diesem Hintergrund verfolgt der DNR in Vertretung einer Allianz der Umweltverbände weiterhin eine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Verwaltungsgericht Köln, um die Fischerei mit Grundschlepp- und Stellnetzen in Natura 2000-Gebieten zu unterbinden. Die Klage ist mittlerweile zur Vorlage an den Europäischen Gerichtshof überwiesen worden und wird dort verhandelt.



ENDLAGERSUCHE

Die Erarbeitung des Standortauswahlgesetzes wurde auch 2016 kritisch begleitet. Im Dezember wurde DNR-Präsident Kai Niebert in das Nationale Begleitgremium bei der Standortsuche berufen. Aufgabe des Gremiums ist die gemeinwohlorientierte Auswahl eines Standorts für ein Endlager und die Umsetzung der Öffentlichkeitsbeteiligung in diesem Prozess. Dieser wird sich daran messen lassen müssen, ob Sicherheitsaspekte auch ernst genommen werden. Die größtmögliche Sicherheit für Mensch und Umwelt muss zum entscheidenden Kriterium werden und das Verursacherprinzip gelten. Wer den Atommüll produziert, muss für die Entsorgung bezahlen. Die größtmögliche Sicherheit für Mensch und Umwelt muss zum entscheidenden Kriterium werden und das Verursacherprinzip gelten. Wer den Atommüll produziert, muss für die Entsorgung bezahlen.



DEUTSCHER NATURSCHUTZTAG 2016 – NATURSCHUTZ UND LANDNUTZUNG

Gemeinsam mit dem Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) organisierte der DNR auch 2016 den Deutschen Naturschutztag (DNT). Die größte Fachtagung des Naturschutzes in Deutschland fand mit 600 Teilnehmenden und 150 Referent*innen erstmals in Sachsen-Anhalt statt. Der 33. DNT legte den Fokus auf die intensive Landnutzung, die nach wie vor die wichtigste Ursache für den Verlust von Tier- und Pflanzenarten in Europa darstellt. Deshalb ist ein Umsteuern dringend geboten, wobei eine Kooperation von Naturschützer*innen und Landnutzer*innen zukunftsweisend sein kann. In der Abschlusserklärung „Magdeburger Erklärung“ forderten die Teilnehmer*innen eine Neuausrichtung der Landwirtschaft, eine konsequentere Sicherung der Schutzgebiete und ein Zusammendenken von Naturschutz und sozialen Fragen.

→
33. Deutscher Naturschutztag



Erstmals wurde ein „Junges Forum“ angeboten, um die junge Generation als besonders Betroffene und als die Akteur*innen von morgen aktiv einzubinden. Ein Mentoring-Format rundete den Austausch mit jungen Naturschützer*innen ab. Zudem erhielten Nachwuchswissenschaftler*innen die Gelegenheit, ihre Qualifikationsarbeiten in den Fachveranstaltungen vorzustellen.

REFORMATIONSJUBILÄUM

Gemeinsam mit der Klima-Allianz Deutschland, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) und dem Verein „Reformationsjubiläum 2017“ wurde das Projekt „Reformation – Transformation!“ gestartet. In der Zeit des Reformationsjubiläums von Mai bis September 2017 sollten durch eine Vielzahl verschiedener Veranstaltungen in der Lutherstadt Wittenberg Themen rund um die „große Transformation der Weltgesellschaft“ hin zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit aufgegriffen werden. Dazu wurden Aktionen und Veranstaltungen von den über 200 Mitgliedsorganisationen der Kooperationspartner*innen geplant und ein Transformationspavillon für die Weltausstellung „Reformation“ entworfen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 2016: LEITANTRAG UND RESOLUTION FÜR EUROPA

Die Mitgliederversammlung fand am 26. November in Berlin statt. In einer Grundsatzrede ging DNR-Präsident Kai Niebert auf die Herausforderungen für die deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen ein.

→
DNR-Präsidium



„Aufgabe des DNR wird es sein, den notwendigen Umbau der Gesellschaft aktiv zu begleiten. Dazu müssen auch wir Umweltverbände unser behagliches Ökosystem verlassen. Der Zustand der Umwelt entscheidet sich nicht im Umweltministerium, sondern auf unseren Äckern, in der Industrie und in der Sozialpolitik. Wir wollen Umweltpolitik zur Gesellschaftspolitik machen.“

– Kai Niebert

In einem kurzen Grußwort betonte Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, dass Natur-, Tier- und Umweltschutz nicht ohne einen Kulturwandel möglich seien. Er würdigte die Zusammenarbeit mit dem DNR, die für den Kulturrat eine Bereicherung darstelle. Der Anthropozänforscher Prof. Dr. Reinhold Leinfelder plädierte in seinem Gastvortrag „Vom Parasitismus zur Symbiose - Verantwortung im Anthropozän übernehmen“ hinsichtlich der Bewältigung der anstehenden Aufgaben im Umweltschutz für einen integrativen Ansatz bei den verschiedenen Herangehensweisen innerhalb der DNR-Mitgliedsorganisationen. Das DNR-Präsidium wurde mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Neu gewählt wurden Jan Sachse als Jugendvertreter sowie Prof. Dr. Hermann Ott.

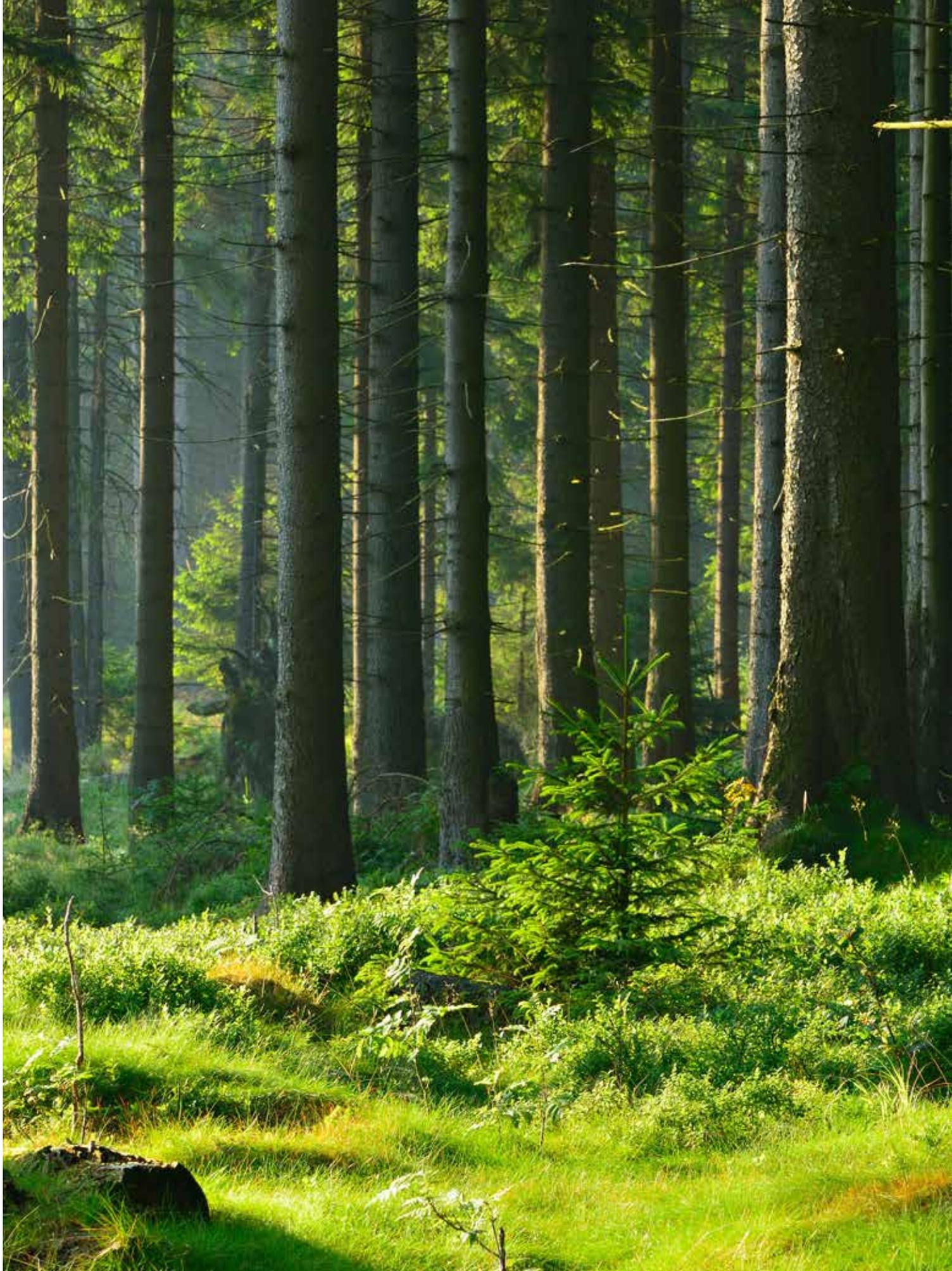
Es wurde der Leitantrag „Umwelt-, Natur- und Tierschutzpolitik für eine zukunftsfähige Menschheit“ vorgestellt. Darin wird betont, dass sich der DNR mit seinen Mitgliedsorganisationen künftig stärker auch in Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik einbringen sollte. Als klares

Signal gegen Rechtspopulismus wurde mit einstimmigem Beschluss die „Resolution für ein weltoffenes Europa“ verabschiedet.

Als neue Mitglieder wurden der Deutsche Kanuverband e.V., der Bundesverband Deutscher Gartenfreunde e.V. und die Naturstiftung David aufgenommen. Somit vertritt der DNR als Dachverband 85 Mitgliedsorganisationen, die rund 10 Millionen Menschen erreichen.

FINANZEN

Seit Längerem wurden zahlreiche Bemühungen unternommen, um eine Aufstockung der institutionellen Förderung des DNR zu erreichen. Im Jahr 2016 führten die Gespräche mit Mitgliedern des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag endlich zum Erfolg: Der Fördertitel wurde ab 2017 auf 1,8 Millionen Euro angehoben. Die Haushaltsaufstockung wird dabei helfen, den vielfältigen Aufgaben besser gerecht zu werden und den Mitgliedsorganisationen mehr Unterstützung bei der Erreichung der gemeinsamen Ziele zu bieten. Dazu gehört der Ausbau der Serviceleistung für die Mitgliedsorganisationen, die Verbesserung der Koordination und Kommunikation von Themen, Veranstaltungen und Projekten. Im Gegenzug wird der DNR künftig keine Projektfinanzierung im Rahmen der Verbändeförderung des Bundesumweltministeriums in Anspruch nehmen, wodurch den Mitgliedsorganisationen mehr Mittel zur Verfügung stehen.



EU-UMWELTPOLITIK



Eine zentrale Aufgabe der Koordination der EU-Arbeit lag auch 2016 darin, Schnittstellen zwischen der Umweltpolitik in Brüssel und Berlin zu schaffen. Mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen und dem EU-Umweltnewsletter wurde über aktuelle Entwicklungen informiert. Im Vordergrund standen folgende Themen: Zukunft der EU nach dem Brexit, EU-Energie- und Klimapolitik nach 2020, EU-Naturschutzrichtlinien, EU-Agrarpolitik, Kreislaufwirtschaftspaket und Deregulierungsagenda der Kommission.

Im Rahmen der vom Umweltbundesamt (UBA) geförderten Projekte „Mission Kommission“, „Fit – Fitter – REFIT?“ und „EU quo vadis?“ wurden die Aktivitäten deutscher Umweltorganisationen auf nationaler und europäischer Ebene koordiniert und erweitert. Dabei half der enge Kontakt mit europäischen Partnerorganisationen wie dem Climate Action Network (CAN) und dem Europäischen Umweltbüro (EEB).

Europäisches Parlament



ZUKUNFT DER EU NACH DEM BREXIT

Das Brexit-Votum Ende Juni löste eine Debatte über die Zukunft der Europäischen Union aus, über deren Zweck und Werte: Offenheit, keine Ausgrenzung, Toleranz, Respekt und die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit. Direkt vor dem informellen Treffen des europäischen Rats veröffentlichten der DNR und VENRO eine Europaerklärung und brachten diese in die politischen Prozesse um die zukünftige Ausrichtung der EU ein. Im August wurde die Europaerklärung an die politischen Akteur*innen versandt, um Einfluss auf den Brexit-Gipfel zu nehmen.

EU KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK

Die klimapolitischen Entscheidungen, die in Brüssel 2016 getroffen wurden, stehen leider nicht im Einklang mit den Pariser Zielen. Über die Ausgestaltung der beiden zentralen klimapolitischen Instrumente der EU nach Paris, dem Emissionshandel und den nationalen Klimazielen für Sektoren außerhalb des Emissionshandels (Lastenteilung) wurde 2016 intensiv verhandelt. Außerdem legte die EU-Kommission im November ein umfassendes energiepolitisches Gesetzgebungspaket „Clean Energy for all Europeans“ vor. Die Verhandlungen werden ausschlaggebend für die Zukunft der erneuerbaren Energien sein und die Frage beantworten, ob das große Potenzial der Energieeffizienz für den Klimaschutz mit den Gesetzgebungsvorschlägen angehoben werden kann. Daher wurden die Debatten zu wichtigen Themen wie Emissionshandel, Lastenteilung und energiepolitisches Gesetzgebungspaket vorangetrieben sowie Briefe, Pressearbeit und politische Termine koordiniert. Außerdem wurden regelmäßige Austausch- und Vernetzungstreffen zu den aktuellen Klima- und Energiethemen für die deutschen Natur- und Umweltschutzverbände etabliert und mit Gewerkschaften, Unternehmen und Kirchen zusammengearbeitet.



Blutströpfchen





Birkhuhn – in Europa
selten geworden

Foto: surz/123RF.de

FITNESS-CHECK DER EU NATURSCHUTZ- RICHTLINIEN

Im Dezember beschloss die EU-Kommission auf Druck der Umwelt- und Naturschutzverbände, die Naturschutzrichtlinien unverändert beizubehalten. Damit wurde der Vorschlag von Kommissionspräsident Juncker verworfen, die EU-Vogelschutz- und die FFH-Richtlinie zu „verschmelzen und zu modernisieren“. Dies bedeutete einen historischen Erfolg der europäischen Umweltverbände. Erstmals in der Geschichte der EU war versucht worden, unter dem Deckmantel der „Entbürokratisierung“ bestehende Umweltstandards zurückzudrehen. Doch über eine halbe Million Europäer*innen nahmen an der Konsultation der Kommission teil und zeigten so, dass Natur- und Artenschutz ein grenzüberschreitendes Anliegen ist, für das sich die Europäische Union besonders einsetzen muss.

VERNETZUNG UND ADVOCACY

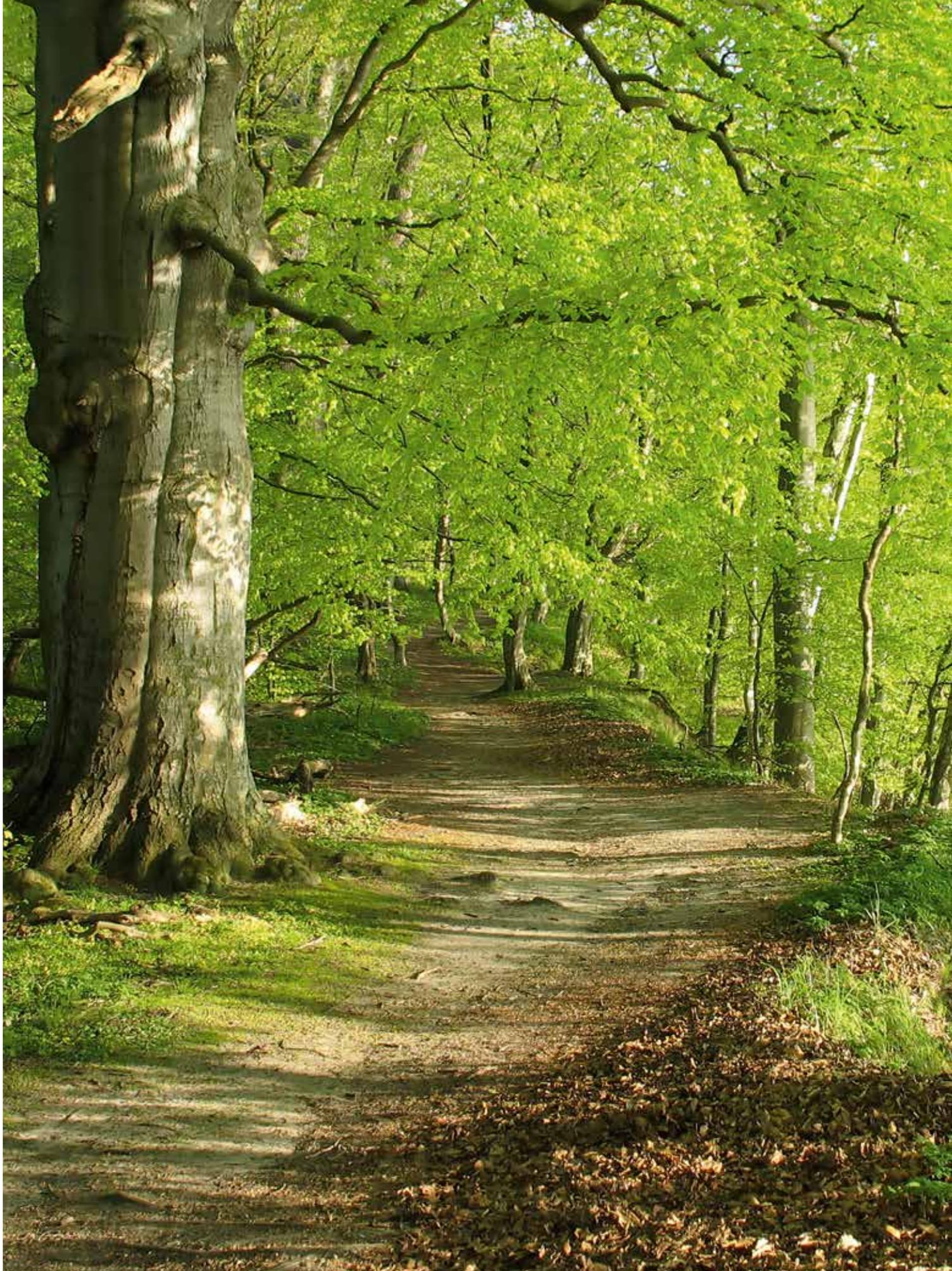
Eine dreitägige Lern- und Lobbyfahrt nach Brüssel trug dazu bei, den Kreis der aktiven Umweltexpert*innen in Europa zu vergrößern. Zwei High-Level-Tage in Brüssel ermöglichten den Spitzen deutscher Umweltorganisationen, sich weiter zu vernetzen und Gespräche mit Parlamentspräsident Martin Schulz, Umweltkommissar Karmenu Vella und verschiedenen Europaparlamentarier*innen zu führen.

→
Brüsselfahrt 2016 bei der
EU-Kommission



PUBLIKATIONEN UND INFORMATIONSSERVICE

Es wurde eine Reihe von Onlinepublikationen veröffentlicht, die auf der DNR-Homepage unter Publikationen zu finden sind. Dazu gehören Factsheets zum Emissionshandel und zum Effort-Sharing und zahlreiche Steckbriefe, unter anderem zur besseren Rechtsetzung/ Deregulierung, zur Reform des EU-Wahlrechts und zu Umweltfolgen des Brexits. Zudem wurde die Onlinepublikation „Heißer Draht nach Brüssel“ mit Informationen und Kontaktdaten zu Ansprechpartner*innen und Organisationszusammenschlüssen vollständig überarbeitet. Im wöchentlichen Rhythmus wurde ein kostenloser Newsletter zur EU-Umweltpolitik verschickt. Dieser Informationsservice bot den Leser*innen einen aktuellen Überblick über die wichtigsten europäischen Umweltthemen und über Termine der EU-Institutionen. Die Zahl der Abonnent*innen stieg auf knapp 4.000. Der Newsletter kann unter www.dnr.de/eu-koordination bestellt werden.



SCHWERPUNKTTHEMA: ROHSTOFFPOLITIK UND BERGBAU



Die industrialisierte Wirtschaft ist in hohem Maße auf Rohstoffe angewiesen. Weltweit werden jährlich rund 70 Milliarden Tonnen an Rohstoffen eingesetzt – mit steigender Tendenz. Angesichts der rasanten, wirtschaftlichen Entwicklung von Schwellenländern, des prognostizierten Bevölkerungswachstums und des stetig wachsenden Ressourcenhungers in den Industrienationen, könnte sich der weltweite Rohstoffverbrauch bis 2050 sogar vervierfachen. Allein in Deutschland hat sich der Rohstoffverbrauch zwischen 1980 und 2008 von 4,7 Milliarden Tonnen auf 21,1 Milliarden Tonnen fast verfünffacht. Hinsichtlich ökonomischer, ökologischer und sozialer Folgen der Ressourcenausbeutung ist eine derartige Neuausrichtung der Rohstoffpolitik nötig. Es gilt rechtliche und ökonomische Instrumente der Ressourcenschonung zu erarbeiten und zur Diskussion zu stellen und ein alternatives Handlungskonzept für eine ökologische und sozialverträgliche Rohstoffpolitik aufzuzeigen.

Im Rahmen des vom UBA geförderten Projekts „Umwelt- und Ressourcenschutz und Reform des Bundesberggesetzes“ wurden die Defizite und die Reformbedürftigkeit des gültigen Bergrechts thematisiert. Im Dezember 2016 konnte das Projekt erfolgreich abgeschlossen werden. Auf Ebene der Bundesministerien und des Bundestags gibt es weiterhin eine politische Abwehrhaltung gegenüber grundlegenden Reformen des Bundesberggesetzes, wobei sich die Dialogbereitschaft langsam verbessert.



Frackingprotest vor dem Bundeskanzleramt

FRACKING UND ERDGAS

Zusammen mit den Mitgliedsorganisationen BUND, NABU, Campact und Robin Wood, anderen Natur- und Umweltschutzorganisationen sowie weiteren zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wurde das langwierige Fracking-Gesetzgebungsverfahren kritisch begleitet und die politische Arbeit einer zivilgesellschaftlichen Anti-Fracking-Arbeitsgruppe koordiniert.

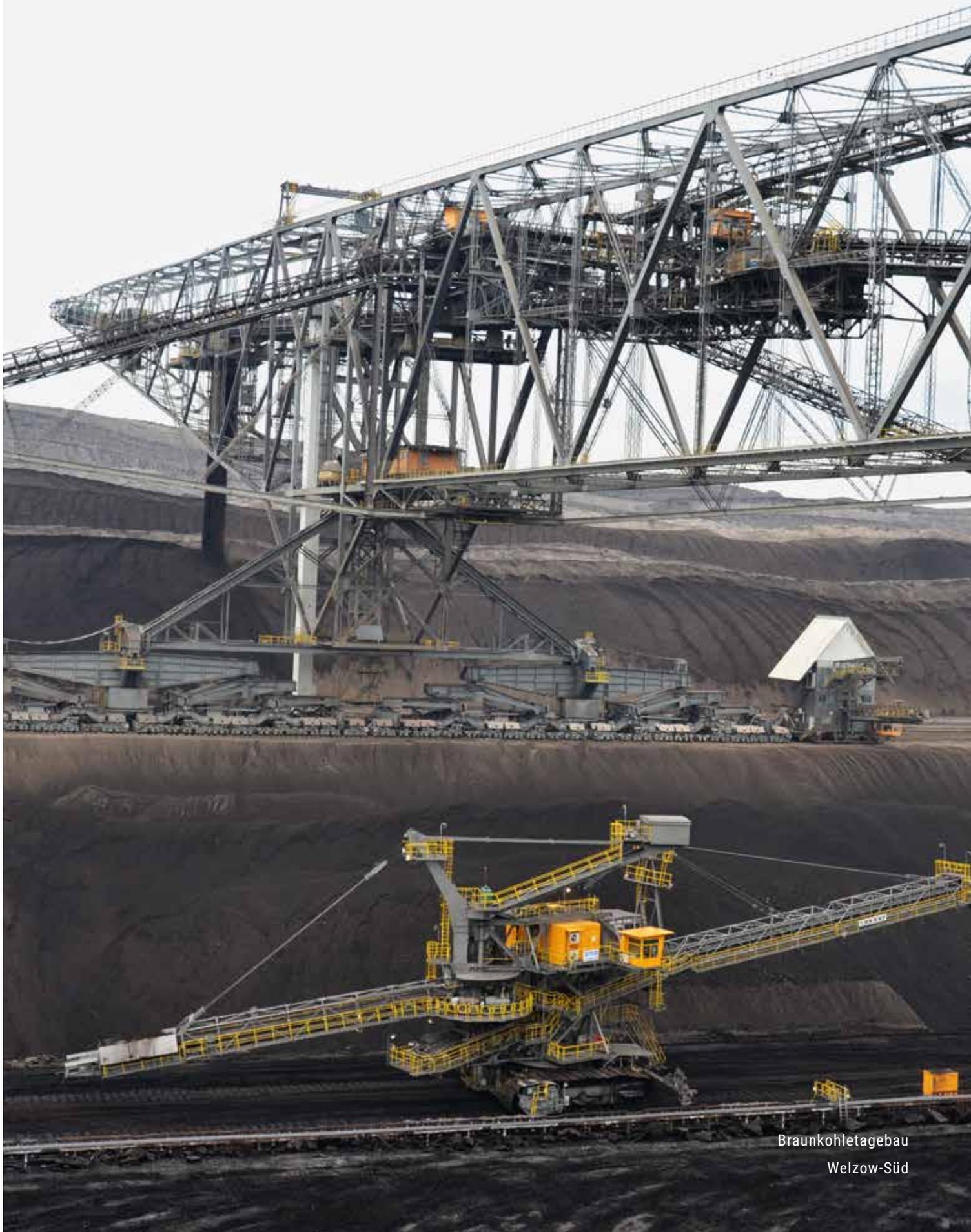
Mit den Partner*innen wurden Protestaktionen durchgeführt und durch Gespräche, Briefe und Öffentlichkeitsarbeit Belange des Umweltschutzes in den Gesetzgebungsprozess eingebracht.

Im Juni verabschiedete der Deutsche Bundestag schließlich ein Fracking-Gesetzespaket, das Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz, Bundesnaturschutzgesetz, Umweltschadensgesetz und Bundesberggesetz beinhaltet. Darüber hinaus segnete der Bundesrat am 8. Juli auch Änderungen verschiedener bergrechtlicher Verordnungen ab. Kern des Gesetzespakets ist ein faktisches Verbot von Fracking in Schiefer-, Ton-, Mergel- und Kohleflözgestein, Fracking in dichtem Sandstein (sogenanntes Tight-Gas-Fracking) wird hingegen erlaubt. Das faktische Frackingverbot ist auch auf die erfolgreiche Arbeit des DNR und verschiedener zivilgesellschaftlichen Gruppen zurückzuführen.

Nach Abschluss des Fracking-Gesetzgebungsprozesses lag der Fokus auf der heimischen Erdgasproduktion, die als sauber gilt, aber mit erheblichen Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Gesundheit verbunden ist. Auch die Frage „Wie klimafreundlich ist Erdgas?“ stand weiterhin im Raum. Hierzu wurde zusammen mit PowerShift eine Webinar- und Veranstaltungsreihe durchgeführt, die unter anderem die Rolle von Erdgas in der Energiewende sowie die Frage des Treibhausgasfußabdrucks von Erdgas thematisierte.

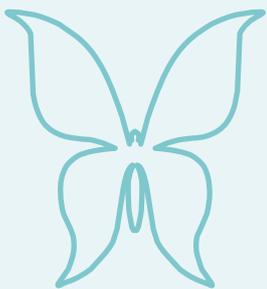
PUBLIKATIONEN UND INFORMATIONSSERVICE

Durch verschiedene Veranstaltungen und Publikationen wie etwa die Broschüre „Bundesberggesetz – eine Reform ist überfällig“, eine Bergbaulandkarte von Deutschland, drei Fallstudien zu Rohstoffabbauprojekten in Deutschland oder die vom DNR konzipierte Ausgabe der Zeitschrift politische ökologie „Glück auf? Bergbau vor der Zeitenwende“ gelangen wichtige Beiträge zur Sensibilisierung und Information der DNR-Mitgliedsorganisationen sowie einer interessierten Öffentlichkeit. Eine Übersicht, wofür wir welche Elemente brauchen und welche Konflikte und Machtfragen mit der Produktion verbunden sind, gibt die Infografik „Periodensystem der kritischen Elemente“, die in dem Debattenmagazin der Umweltbewegung „movum“ erschien (Ausgabe 3/2016).



Braunkohletagebau
Welzow-Süd

SCHWERPUNKTTHEMA: EIN NETZWERK FÜR DIE TRANSFORMATION



Immer mehr Akteur*innen der Zivilgesellschaft sehen das auf Wachstumszwang und Konkurrenz basierende Wirtschaftssystem als Ursache der weltweiten ökologischen und sozialen Krisen. Im Rahmen des vom UBA geförderten Projekts „Lust auf Zukunft“ wurden Workshops und Vernetzungsveranstaltungen durchgeführt. Dabei diskutierten nicht nur Mitarbeiter*innen aus den DNR-Mitgliedsorganisationen, sondern auch aus kirchlichen Einrichtungen und Entwicklungsorganisationen, Sozialverbänden, Stiftungen und Wissenschaftsorganisationen. Der Fokus richtete sich auf gemeinsame Strategien für die Zukunft, auf konkrete Methoden für den Wandel und auf die Frage, wie sich die Themen sozial-ökologische Transformation und Wachstumskritik in die eigene Arbeit implementieren lassen. Bereits 2016 gab es zwischen den vielen unterschiedlichen Akteur*innen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Dazu gehören Modelle zum Transformationsprozess, reale Netzwerke für Austausch und Zusammenarbeit sowie konkrete Politikvorschläge.

GREMIEN ZUM THEMA WACHSTUMSKRITIK

Die Mitarbeit in unterschiedlichen Gremien stand ebenfalls auf dem Programm. Dazu gehörte die Zivile Enquete „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“ sowie der Beirat und die Steuerungsgruppe zum Projekt „Fokus Wachstumswende“. Die Zivile Enquete umfasst Vertreter*innen aus Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Bundestagsfraktionen verschiedener Parteien, politischen Stiftungen, Forschungsinstituten, sozialen Bewegungen und Medien sowie wachstumskritische Multiplikator*innen. Das Netzwerk bietet einen neuartigen Raum des Austauschs und der Koordination gemeinsamer Aktivitäten. Langfristig ist die Etablierung einer politischen Plattform als Knotenpunkt der wachstumskritischen Debatte und entsprechender Projekte im deutschsprachigen Raum angedacht. Zentrales Ziel 2016 war es, gemeinsam Vorschläge für Politikmaßnahmen zu entwickeln, die den Weg in eine Postwachstumsgesellschaft ebnen. Dazu wurde seitens des DNR an der Entwicklung der Vorschläge mitgewirkt. Darüber hinaus gab es regelmäßige Netzwerktreffen des Projekts „Dialog Degrowth“ des denkhausbremen. Die dort entwickelten neuen Ansätze in die DNR-Mitgliedsorganisationen zu tragen, war eine wichtige Aufgabe.



PUBLIKATIONEN UND INFORMATIONSSERVICE

Gemeinsam mit DNR-Präsident Kai Niebert und dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) wurde der Beitrag „Winning the campaign but losing the planet“ für den Sammelband Degrowth in Bewegung(en) veröffentlicht. Seit April informierte ein vierteljährlicher Newsletter über Projekte, Termine und Materialien innerhalb der Verbändelandschaft des DNR, die sich konkret für ökologische Gerechtigkeit und eine sozial-ökologische Transformation einsetzen. Als Best Practice und Inspiration wurden zudem weitere Initiativen und Geschichten des Wandels dargestellt.



DNR GESCHÄFTSSTELLE



ADRESSE

DNR Geschäftsstelle
Marienstraße 19-20
10117 Berlin

TELEFON

030 / 678 1775 70

E-MAIL

info@dnr.de

ONLINE

www.dnr.de



GESCHÄFTSLEITUNG

Florian Schöne
Helga Inden-Heinrich

TEAM

Anke Draheim
Ann Wehmeyer
Aroti Briand
Antje Mensen
Bjela Vossen (Projektleiterin)
Christian Hermani
Clemens Küpper
Daniel Hiss (Projektleiter)
Elena Hofmann
Elena Schägg

Eric Janacek
Hauke Ebert
Heike Pagel
Janine Jachtner
Juliane Grüning
Lavinia Roveran
Maria Bossmann
Marion Busch
Mirja Schoderer
Theresa Klostermeyer (Projektleiterin)
Yvonne Sandberg

KOMPETENZZENTRUM NATURSCHUTZ UND ENERGIEWENDE



Im Jahr 2014 fiel der Startschuss für den Aufbau des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) in Trägerschaft des DNR. Das dreiköpfige Team unter der Leitung von Dr. Torsten Ehrke begann die konzeptionellen, organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen. Aufgabe des KNE ist, als kompetenter, anerkannter und neutraler Ansprechpartner für die relevanten Entscheidungsträger*innen aller Ebenen und Branchen zur Versachlichung der Debatten und zur Vermeidung von Konflikten mit dem Naturschutz in der Energiewende beizutragen.

2016 konnte das vom BfN geförderte Projekt „Schaffung der Voraussetzung für den Aufbau eines Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE)“ erfolgreich abgeschlossen werden. Als Höhepunkt zum Projektende eröffnete Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks das Kompetenzzentrum am 30. Juni in Berlin.

Nach einer öffentlichen Ausschreibung durch das Bundesumweltministerium hatte die Michael Otto Stiftung für Umweltschutz Anfang des Jahres den Zuschlag für die Trägerschaft des KNE erhalten. Daraufhin wurde die KNE gGmbH zügig gegründet und nahm im Juli ihre Arbeit auf. In der ersten Jahreshälfte wurden Stellen zur Konfliktberatung, die Fachinformation Flora und die Servicestelle geschaffen. Zum Ende des Projekts arbeiteten acht Mitarbeiter*innen vor Ort.



Mit den Bundesländern konnte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgebaut werden und man verständigte sich über den zukünftigen Informationsaustausch. Zudem wurden Angebote zur weiteren Zusammenarbeit unterbreitet. Im Hinblick auf ein abgestimmtes Auftreten des KNE im Bereich des Netzausbaus wurde zudem eine Erklärung gegenüber der Bundesnetzagentur und dem Bürgerdialog Stromnetze abgegeben.

Das positive Ergebnis zeigte, dass es richtig und erfolgreich war, das Kompetenzzentrum als F+E-Vorhaben und in der Trägerschaft des DNR aufzubauen. Die Arbeiten konnten zur Zufriedenheit aller Seiten abgeschlossen werden.



ADRESSE

Kompetenzzentrum
Naturschutz und Energie-
wende (KNE) i. G.
Kochstraße 6 – 7
10969 Berlin

TELEFON

030 / 7673738 0

E-MAIL

info@naturschutz-energiewende.de

ONLINE

www.naturschutz-energiewende.de



GESCHÄFTSFÜHRUNG

Dr. Torsten Ehrke
Michael Krieger

TEAM

Dr. Bettina Knothe
Eva Schuster
Florian Kreße
Florian Magers
Holger Ohlenburg
Judith Demba
Sabine Spilles



FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG



Das unter dem Dach des DNR arbeitende Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) führt Natur-, Tier-, Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen zusammen. Es begleitet internationale Aktivitäten im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung, deren nationale Umsetzung und koordiniert die hieran mitwirkenden Organisationen.

2016 umfasste das FUE 40 stimmberechtigte Mitglieder. An den Arbeitsgruppen, in denen die Themen entwickelt werden, die das Profil bestimmen, waren darüber hinaus zahlreiche weitere Organisationen beteiligt. Im Fokus der Arbeit standen 2016 die Querschnittsthemen Sustainable Development Goals (SDGs) und internationale Handelspolitik.

HANDELSPOLITIK UND TTIP

Die Kampagne gegen das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) erreichte 2016 ihr Ziel: Was kaum jemand beim „Handelspolitischen Ratschlag“ im April 2013 erwartet hatte, bei dem das Bündnis „TTIP – Unfairhandelbar“ aus der Taufe gehoben wurde, trat im Sommer ein: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erklärte TTIP für gescheitert. Der massive öffentliche Widerstand gegen TTIP und die dahinterstehende Politik führte in Europa und den USA zum Stillstand der Verhandlungen.

→
Anti TTIP Demo



Ende des Jahres 2016 nahm das Bündnis „TTIP – Unfairhandelbar“ Gespräche mit dem TTIP-Demobündnis und der Stopp-TTIP-Kampagne auf, um sie zu einem neuen „Bündnis für einen gerechten Welthandel“ zusammenzubringen. Man wollte so den Schwung des bisherigen Erfolgs mitnehmen, um eine grundlegende Neuorientierung der EU-Handelspolitik zu erreichen. Darüber hinaus wurde die Kooperation mit anderen europäischen Organisationen und Kampagnen weiter intensiviert. Eine Mitarbeiterin des europäischen Netzwerks „Seattle to Brussels“ (S2B) unterstützte aus der Geschäftsstelle des FUE in Berlin die osteuropäischen Organisationen.



TTIP Strategie- und
Aktionskonferenz in Kassel
mit 500 Teilnehmer*innen



Es wurden Veranstaltungen organisiert sowie eine Reihe von Studientagen, Crashkursen, Trainings und Webinaren zu aktuellen Fragen um TTIP, Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und Investor-state dispute settlement (ISDS) durchgeführt. Die Veranstaltungsreihe „Zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum“, ein Format mit wechselnden themenbezogenen Kooperationspartner*innen, konnte als feste Größe im politischen Berlin etabliert werden.

Auch die intensive Lobbyarbeit des Bündnisses im Europaparlament und im Bundestag wurde maßgeblich vorangetrieben. Auf zahlreichen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Sachverständigenanhörungen in Landtagen und im Bundestag waren Mitarbeiter*innen des FUE vertreten und wurden für Interviews und als Gastautor*innen angefragt. In Kooperation mit anderen Organisationen wurden zahlreiche Publikationen veröffentlicht, zu Themen wie regulatorische Kooperation in TTIP und CETA; Nahrungsmittelsicherheit und Freihandelsabkommen; Recht auf Gesundheit und Handelsabkommen sowie Konzern-Lobbyeinflüsse in der Handelspolitik.

2030-AGENDA UND SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS (SDGS)

Die nationale Umsetzung der 2030-Agenda mit ihren SDGs war 2016 eines der Schwerpunktthemen. Deutschland ist noch lange nicht nachhaltig. Der ökologische Fußabdruck und der Rohstoff- und Energieverbrauch sind viel zu hoch. Die daraus resultierenden Problemfelder sind unter anderem: Artenvielfalt, Stickstoff- und Phosphatüberschüsse, Klimaschutz, Konsum- und Produktionsmuster und soziale Ungleichheiten.

Dazu wurde ein vom UBA gefördertes Projekt durchgeführt mit dem zentralen Anliegen, nicht nur die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zu informieren und zu vernetzen, sondern

auch vor allem Verbände und Organisationen aus den Bereichen Soziales, Frieden, Menschenrechte und Open Data.

Gemeinsam mit VENRO, der Open Knowledge Foundation und Transparency International wurde die Konferenz „Umsetzung der 2030-Agenda und der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in und durch Deutschland“ organisiert. Ferner wurde die Konferenz „Alle mitnehmen – Soziale Ungleichheit überwinden“ von einem breiten Bündnis von Verbänden aus den Bereichen Entwicklung, Soziales, Umwelt, Frieden und Transparenz unterstützt und ein Workshop zu Ökonomiekritik aus feministischer und Degrowth-Perspektive organisiert. Neben der Teilnahme an einer Vielzahl von Dialogforen und Gesprächsrunden mit Vertreter*innen von Bundesministerien, der Bundesregierung und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung wurden zahlreiche Netzwerktreffen für die Zivilgesellschaft organisiert. Insbesondere im europaweiten Netzwerk „SDG Watch Europe“ wurde regelmäßig mitgearbeitet. Zudem wurde der Schattenbericht „Noch lange nicht nachhaltig: Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda“ veröffentlicht und im Rahmen eines Workshops vorgestellt.

Auf Einladung von BMUB und BMZ wurde an der 4. Sitzung des „High Level Political Forums (HLPF) on Sustainable Development“ in New York teilgenommen. 22 Staaten, darunter auch Deutschland, erklärten sich freiwillig bereit, die Umsetzung in ihren Ländern im Rahmen der sogenannten Voluntary National Reviews vorzustellen. Im Vorfeld wurden von zivilgesellschaftlichen Organisationen zahlreiche Berichte verfasst, die den Stand der Umsetzung in unterschiedlichen Ländern beleuchten. Darunter auch der Bericht „Champions to be? Making the 2030 Agenda a Reality“, der in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen aus neun Ländern erstellt wurde. Auf Einladung der Bundesregierung wurde ein gemeinsames Kurzstatement mit VENRO, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) als Bestandteil des deutschen Länderberichts verfasst: eine ungewöhnliche Premiere. Trotz des theoretisch sehr breit angelegten Beteiligungsformats der Zivilgesellschaft beim HLPF blieben die konkreten Möglichkeiten hinter den Erwartungen vieler Akteur*innen zurück.

TRANSPARENZ IM ROHSTOFFSEKTOR

Der Rohstoffsektor gehört nach dem Bau- und öffentlichen Dienstleistungssektor zu den Industriezweigen, die am anfälligsten für Bestechung und Korruption sind. Zahlungen und hohe Kapitalsummen aus den Förderländern versickern, statt der Bevölkerung zugutezukommen. Transparenz in den Zahlungsströmen kann dazu beitragen, Korruption und Bestechung im Rohstoffsektor zu verringern.

Die freiwillige Transparenzinitiative im Rohstoffsektor EITI wird mittlerweile von über 50 Ländern, darunter auch Deutschland, umgesetzt oder vorbereitet. Auch 2016 wurde an der Mitgestaltung des D-EITI-Prozesses und der Rückkopplung in zivilgesellschaftliche Netzwerke weitergearbeitet. Als Mitglied der Multi-Stakeholder-Gruppe koordinierte das FUE mehrere Strategie- und Arbeitstreffen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Der eingebrachte Themenkomplex rund um die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung zur Verankerung von

Umweltaspekten wurde weiterbearbeitet und stieß auch im Ausland auf Interesse. Ziel dabei ist, dass der erste deutsche Transparenzbericht weitere Transparenz- und Umsetzungsdefizite von Naturschutzvorgaben offenlegt und auch Zahlungsströme zwischen Unternehmen und staatlichen Stellen einbezieht, die über den EITI-Standard hinausgehen, aber für eine kritische Rohstoffdebatte bedeutsam sind.

INTERNATIONALE WALDPOLITIK

Wälder sind wichtige Lebensräume für die biologische Vielfalt und ein wichtiger Einflussfaktor für das Klima, sie stehen jedoch zunehmend unter Druck. Holz als ein besonders umweltfreundlicher Rohstoff hat als Ersatz für energieintensive Materialien zunehmend an Bedeutung gewonnen. Im Juni 2016 startete das vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderte Projekt „Zivilgesellschaftlicher Dialogprozess zur internationalen Waldpolitik für Biodiversität und

→
Regenwald in Uganda



Klimaschutz“. Das Ziel ist, negative Auswirkungen des Nutzungsdrucks auf die biologische Vielfalt und Leistungsfähigkeit der Wälder zu mindern und ihre Funktion als CO₂-Senke sowie ihre Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu stärken.

Mit Kurzstudien und der Diskussion aktueller Erkenntnisse im Rahmen von Fachgesprächen und Workshops wurde zur Klärung wichtiger und umstrittener Fragestellungen beigetragen. Es gab Veranstaltungen zur Waldklimafrage, Klimaschutzgutachten, REDD+ und zur waldbezogenen Entwicklungspolitik. Es wurde an verschiedenen Sitzungen und Gesprächsformaten von Bundesministerien und der Forst- und Holzwirtschaft teilgenommen. So wurde weiter an einem konstruktiven Dialog zwischen den Akteur*innen der verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen gearbeitet, um Lösungsstrategien und -schritte auf dem Weg zu mehr Naturnähe und Naturschutz im Wald zu entwickeln.

ARBEITSGRUPPEN UND VERNETZUNG

Neben dem Leitungskreis, der sich aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zusammensetzt, werden die Aufgaben des FUE von der Arbeit innerhalb der verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen definiert.

Auf der Agenda der AG Landwirtschaft & Ernährung standen Landwirtschafts- und Ernährungsthemen wie EU-Agrarpolitik, Agrarökologie und Gentechnik. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Organisationen wurde die Broschüre „Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten“ herausgegeben. Neu hinzu kam das Thema Fusion von Bayer und Monsanto. Als im Herbst 2016 verkündet wurde, dass die Bayer AG beabsichtigt, Monsanto für 66 Milliarden Dollar zu kaufen, traf dies die Agrarwelt wie ein Schock. Damit entstünde ein neuer Konzerngigant, der circa 30 Prozent des kommerziellen Weltsaatgutmarktes und knapp 25 Prozent des Pestizidmarktes kontrollieren würde. Dazu fanden nationale und internationale Strategietreffen statt. Im Rahmen der alljährlichen Konferenz „Global Forum for Food and Agriculture“ zur Grünen Woche wurde eine weitere Veranstaltung organisiert, dieses Mal zum Thema „Ernährung der Städte“.

Im Sinne der Hauptaufgabe der AG Biologische Vielfalt, auf eine nationale und internationale Umsetzung der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) zu drängen, nahm ein Teil der AG an der COP 13 der Biodiversitätskonvention im mexikanischen Cancún teil. Für das Global Biodiversity Youth Network wurde ein Projekt durchgeführt, um Jugendlichen und Jugendvertreter*innen von Naturschutzorganisationen, vor allem aus Ländern des globalen Südens, die Beteiligung am CBD-Prozess zu ermöglichen.

Die AG Handel widmete sich wieder der grundsätzlichen Debatte zur Ausgestaltung von Freihandel. Dazu wurden die Themen EU-Verhandlungen über Freihandelsabkommen, die geplante Einführung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs und das Wirken der World Trade Organisation (WTO) erörtert. Außerdem wurden zahlreiche Publikationen zu TTIP und CETA veröffentlicht, um auf die Kritikpunkte in den Handelsabkommen hinzuweisen und Gegenvorschläge sowie Forderungen in den Diskurs einzubringen.

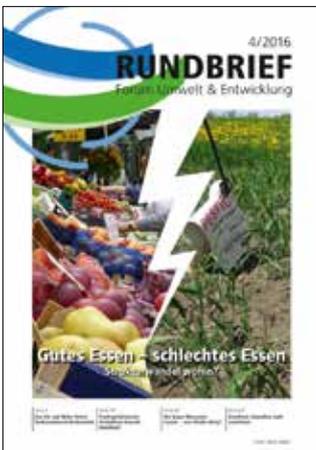
Der Zugang und die Verwaltung globaler Wasserressourcen sind Kern vieler Auseinandersetzungen und daher wichtiges Thema für Umwelt und Entwicklung. Die AG Wasser zeigte in der Stellungnahme zur Überarbeitung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie auf, dass Wasser Wirkungszusammenhänge mit anderen relevanten Themenbereichen aus der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland hat. Ferner wurde an einem Stakeholdertreffen zur neuen Wasserstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) teilgenommen und diese kommentiert.

Auch die AG Meere deckte ein weitgefächertes Themenspektrum ab, da die Meerespolitik schon seit Jahren an Bedeutung gewinnt. Zentrales Thema war die Positionierung und Arbeit zu einem Stopp von Tiefseebergbau, wozu auch eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Welttag der Ozeane durchgeführt wurde.

Die AG Wälder beschäftigte sich sowohl mit der nationalen Wald- und Forstpolitik, als auch mit verschiedenen Aspekten internationaler Waldpolitik. Die Verringerung des Nutzungsdrucks auf Wälder ist dabei eine der Strategien, zu der die verschiedenen Organisationen zusammenarbeiten.

Die AG Habitat begleitete den Habitat-Prozess weiter kritisch und arbeitete an der Vor- und Nachbereitung der UN-Konferenz Habitat III in Quito. Daran nahmen auch Mitglieder der AG teil. Die dort verabschiedete Neue Urbane Agenda, ein umfangreiches, aber unverbindliches und fehlerhaftes Dokument sorgte für Enttäuschung. Dennoch war die Habitat III-Konferenz ein guter Ansatzpunkt, um Fragen wie Wohnungsmarktkämpfe und Privatisierung zu thematisieren, was auch in Briefen an das BMUB und BMZ aufgegriffen wurde.

Darüber hinaus wurde mit der Einrichtung eines Sekretariats für den Civil Society 20-Prozess begonnen, um den internationalen zivilgesellschaftlichen Prozess zur G20 in Hamburg 2017 zu koordinieren. Ein internationales Steering Committee konstituierte sich im Oktober.



INFORMATIONSSERVICE

Der vierteljährlich erscheinende Rundbrief erreichte mit einer Auflage von 2.000 Stück eine Leserschaft aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Die Schwerpunktthemen lauteten: „Kampf um Land: Lebensgrundlage, Ökosystem, Kapitalanlage“, „Gesundheit: Privileg der Reichen oder Grundrecht für alle“, „Völlig losgelöst: Lässt sich die EU noch demokratisieren?“ und „Gutes Essen – Schlechtes Essen – Strukturwandel wohin?“ Über die Umsetzung der 2030-Agenda auf internationaler und nationaler Ebene wurde mit einem regelmäßigen E-Mail-Infodienst und Blog informiert.



ADRESSE

Projektstelle Forum
Umwelt & Entwicklung
Marienstraße 19–20
10117 Berlin

TELEFON

030 / 678 1775 910

E-MAIL

info@forumue.de

ONLINE

www.forumue.de



LEITUNG

Jürgen Maier

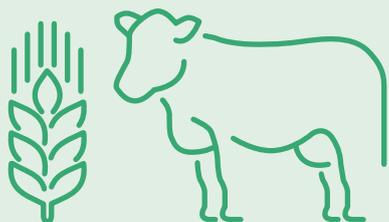
PROJEKTLEITUNG

Cathrin Klenck
Josephine Koch
Laszlo Marasz
Marie-Luise Abshagen
Marijana Todorovic
Nelly Grotefendt



Bäuerin im Nyando Climate
Smart Village, Kenia

KAMPAGNE „MEINE LANDWIRTSCHAFT“





↑ Michael Müller beim „Wir haben es satt!“-Kongress

GROSSDEMONSTRATION: „WIR HABEN ES SATT“

Die Kampagne Meine Landwirtschaft ist ein Projekt des FUE unter der Rechtsträgerschaft des DNR. 50 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherinnenschutz sowie Entwicklungszusammenarbeit haben sich zu einem breiten, gesellschaftlichen Bündnis zusammengeschlossen. Seit 2010 setzen sich diese gemeinsam für eine Agrarwende ein, hin zu einer bäuerlich-ökologischeren und damit einer sozialen, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland und weltweit.

Im Januar fand in Berlin die sechste „Wir haben es satt!“-Demonstration statt. Über 23.000 Landwirt*innen und Verbraucher*innen demonstrierten für eine Agrarwende – so viele wie nie zuvor. Dazu waren 130 Traktoren aus dem ganzen Bundesgebiet angefahren. Man forderte von der Bundesregierung, die Weichen neu zu stellen hin zu einer bäuerlichen und ökologischeren Landwirtschaft. Das Motto „Wir haben Agrarindustrie satt! Keine Zukunft ohne Bäuerinnen und Bauern“ bezog sich auf die Agrarkrise und die niedrigen Erzeugerpreise, die vor allem im Bereich der Schweinefleischproduktion und im Milchsektor anhalten. Eingebettet war die Demonstration in ein vielfältiges Rahmenprogramm, das der Vernetzung und dem Austausch diente. Darunter waren Podiumsdiskussionen zu Milch und Nutztierhaltung, ein Straßenfest, zahlreiche Präsentationen, Filmvorführungen und Gesprächsrunden.

Durch den Beitritt neuer Trägerorganisationen sind die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Demonstrations-Bündnis „Wir haben es satt!“ 2016 weiter gewachsen. Dazu zählen AWO International, der Solidaritätsdienst-international (SODI) und die Naturschutzjugend (NAJU).

„WIR HABEN ES SATT!“-KONGRESS

500 Menschen diskutierten vier Tage über die Themen „Landwirtschaft.Macht.Essen“. Dabei tauschten sich Engagierte aus ganz Deutschland in unterschiedlichen Formaten über die Agrar- und Ernährungswende aus. Gäste aus dem globalen Süden berichteten über die dramatischen Auswirkungen europäischer Agrarpolitik in ihren Heimatländern. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Michael Müller, dem Regierenden Bürgermeister Berlins. Ferner fand ein Fachtag statt zu dem Thema „Artgerechte Tierhaltung – auf die Bewegung kommt es an?“. Foren mit anschließenden Diskussionen zu den Bereichen Märkte, Kennzeichnungen, juristische Instrumente und Förderpolitik boten Raum für eine breite Diskussion. Rund um den Kongress fand das Stadt-Land-Food-Festival statt, bei dem Zehntausende Interessierte handwerkliche Lebensmittelproduktion hautnah erleben konnten.

FORDERUNGSPAPIERE „RAUS AUS DER MILCHKRISE“ UND „WERTSCHÖPFUNG SCHAFFEN!“

Aufgrund der politischen Rahmenbedingungen und der anhaltenden Krise der Erzeugerpreise, vor allem im Schweinefleisch- und Milchsektor wurde in enger Abstimmung mit den Trägerorganisationen das Papier „Raus aus der Milchkrise: Wertschöpfung statt Wachstum – Zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe“ entwickelt. In vier Punkten wurde erläutert, wie die Milchviehbetriebe in der Krise gestärkt und langfristig ihre Existenz gesichert werden können. Darauf aufbauend wurde im September das Forderungspapier „Wertschöpfung schaffen! Programm zur Existenzsicherung bäuerlicher Betriebe und zum Umbau hin zu einer sozial gerechten, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft“ mit konkreten Vorschlägen zur Überwindung der Agrarkrise veröffentlicht.



Protestaktion zur
Agrarminister*innenkonferenz



WORKSHOP-REIHE: „POLITISCHER SUPPENTOPF“

Die Workshop-Reihe „Politischer Suppentopf“ wurde auch 2016 in Zusammenarbeit mit dem langjährigen Partner INKOTA-Netzwerk e.V. erfolgreich weitergeführt. Das Vernetzungsformat fand dabei in enger Zusammenarbeit mit Partner*innen vor Ort statt. Es bildeten sich Arbeitsgruppen, die das Thema zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung in ihrer Region langfristig begleiten und etablieren wollen, um konkrete Veränderungen zu bewirken.

INFORMATIONSSERVICE

Der Informationsdienst Landwirtschaft, der sich an eine breite Zielgruppe richtet, wurde weiter ausgebaut und die Nachrichtenfrequenz gesteigert. Weiter wurden Positionspapiere und Broschüren sowie regelmäßige Nachrichten über Aktivitäten der Träger*innen veröffentlicht, die die Breite des Bündnisses abbilden, ohne dabei jedoch die eigene Unabhängigkeit zu verlieren. Außerdem war die Kampagne bei diversen Großveranstaltungen mit Infoständen vertreten, um umfassend über Lebensmittelproduktion und Landwirtschaftspolitik zu informieren. Dazu gehörten das Umweltfestival der Grünen Liga am Brandenburger Tor und die Feier zum 30jährigen Bestehen des BMUB auf dem EUREF-Campus in Berlin. Für das „Neil Young Global Village“ im Rahmen der Neil Young Europa-Tournee wurde die Kampagne mit anderen ausgewählten regionalen Projekten und Aktivist*innen eingeladen, sich vor Ort mit Infoständen vorzustellen.



Gemeinsam mit dem INKOTA-Netzwerk, Aktion Agrar, Slow Food Youth Deutschland und dem Prinzessinnengarten wurde der erste Berliner Agrar-Slam „Linsen und Grinsen“ veranstaltet. Die großen Fragen des Ernährungssystems wurden so in Form von künstlerischen Darbietungen präsentiert.

Vom 7. bis 9. September fand in Warnemünde die Agrarminister*innenkonferenz statt. Dominierendes Thema war die Milchkrise. Vor dem Auftakt wurde zusammen mit Aktion Agrar und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft eine Protestaktion durchgeführt, um auf die dramatische, existenzbedrohende Lage unzähliger Landwirt*innen hinzuweisen. Sie richteten ein deutliches „Es reicht!“ an Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt und die Landesminister*innen.



ADRESSE

Kampagne
Meine Landwirtschaft
Marienstraße 19–20
10117 Berlin

TELEFON

030 / 284 824 37

E-MAIL

info@meine-landwirtschaft.de

ONLINE

www.meine-landwirtschaft.de



PROJEKTLEITUNG

Jochen Fritz

PROJEKTTEAM

Christian Rollmann

Nicola Arnold

Regine Holloh

Sinah Oberdieck

„Wir haben es satt!“ –
Demonstration mit über
23.000 Teilnehmer*innen



DER DNR IN ZAHLEN

Unter dem Dach des DNR (gegründet 1950) versammeln sich 85 Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen, Natursportorganisationen, Erzeugerverbände, Stiftungen und Institute, die rund 10 Millionen Menschen erreichen.

Ihnen gemeinsam ist das Ziel, Natur- und Lebensräume zu schützen, um die Schönheit der Landschaft und die Ressourcen unseres Planeten auch für unsere Nachkommen zu bewahren.

Seit 1980 wird der DNR durch das heutige Bundesumweltministerium institutionell gefördert. Die institutionelle Förderung für den DNR belief sich im Jahr 2016 auf 375.900 €, auf der Basis einer Fehlbedarfsfinanzierung mit vier Vollzeit- und zwei Teilzeitstellen. 2004 wurde die Projektstelle des Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) in den institutionellen Haushalt des DNR mit 143.100 € (eine Vollzeit- und zwei Teilzeitstellen) integriert. Damit ergab sich eine institutionelle Förderung in 2016 von insgesamt 519.000 €.

Die Gesamthaushalte des DNR und des FUE haben eine Größenordnung von 834.500 €. Die Arbeit des DNR einschließlich der EU-Koordination wird jährlich über eine Projektförderung des Bundes, der Deutschen Stiftung Umwelt und der European Climate Foundation (ECF) finanziert.



FINANZIERUNG DER DNR-PROJEKTE

Zuwendungsgeber	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BfN	Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) i.G. (abgeschlossen)	306.423,12	429.192,66
BfN	Naturschutzoffensive	11.160,00	5.303,31
UBA	Mission Kommission (abgeschlossen)	40.300,00	51.422,28
UBA	Reform Bundesberggesetz (abgeschlossen)	36.670,00	58.432,12
UBA	Lust auf Zukunft	74.700,00	67.251,07
UBA	Fit – Fitter – REFIT?	90.800,00	91.878,87
UBA	EU quo vadis?	42.500,00	31.868,40
UBA	Rohstoffpolitik 2.0	33.600,00	27.944,79
Zwischensumme		636.153,12	763.293,50
Zuwendungsgeber	Zuwendung Dritter	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BBN e.V.	„Junges Forum“ 33. DNT (abgeschlossen)	19.960,00	14.097,09
ECF	EU-Energie- und Klimapolitik	37.260,00	27.973,51
Reformationsjubiläum 2017 e.V.	Reformation – Transformation!	7.500,00	-----
Zwischensumme		64.720,00	42.070,60
Gesamtsumme		700.873,12	805.364,10



EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	18.013,69
Vermischte Einnahmen	23.800,39
Zweckfreie Spenden	176,13
Zweckgebundene Spenden	3.955,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	-179.539,49
Förderung des BMUB	375.900,00
Erstattungen aus Verwaltungsausgaben	48.552,93
Mitgliedsbeiträge	163.100,00
Geldbußen	0,00
Summe	633.505,13

Projekte	Einnahmen in €
Zuwendung des Bundes	636.153,12
Zuwendung Dritter	64.720,00
Summe	700.873,12

Forum Umwelt & Entwicklung	Einnahmen in €
Veröffentlichungen	322,97
Zuwendungen des BMUB	143.100,00
Mitgliedsbeiträge	59.194,18
Zuwendung des Bundes für Projekte	157.368,38
Zuwendung Dritter	744.966,86
Summe	1.104.952,39

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Ehrenamt	3.067,92
Personal	366.628,68
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	163.230,90
Mieten und Pachten	74.739,55
Reisekosten	23.640,58
Veranstaltungen	13.269,57
Beiträge Vereine, Gesellschaften	800,00
Beiträge internationale Organisationen	1.952,79
Summe	647.329,99

Projekte	Ausgaben in €
Projekte des Bundes	763.293,50
Projekte Dritter	42.070,60
Summe	805.364,10

Forum Umwelt & Entwicklung	Ausgaben in €
Personal	138.357,44
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	38.894,77
Mieten und Pachten	11.089,87
Reisekosten	5.740,02
Veranstaltungen	8.542,63
Projekte des Bundes	149.251,95
Projekte Dritter	638.738,66
Summe	990.615,34

ORGANIGRAMM DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

